

St. 2315 "Verlegung bei Collenberg, OT Kirschfurt mit Mainbrücke

Teilumgehung von Freudenberg

Abstufung der "Alten Mainbrücke Freudenberg-Kirschfurt" mit Neubau einer Mainbrücke

Hauptprojekt "Brückenneubau mit Ortsumgehung Kirschfurt"

Vorplanung

Entwurfsplanung

Entwurfsprüfung

wesentliche Anpassung zur letzten AK-Sitzung und dem Verkehrsmodell vom 11.02.2020
"Wesfall des Mittelanschlusses Kirschfurt"

Staatsvertrag

Im Staatsvertrag wird festgelegt, auf welcher rechtlichen Basis die Planfeststellungsunterlagen zu erstellen sind und dass die Planfeststellungsbehörde der Regierung von Unterfranken mit bayerischem Recht auch in Baden-Württemberg das Baurecht für die Maßnahme schaffen kann.

(Sachstand 29.03.2021:
>> am 05.03.2021 wurde das Gesetz zum Brückenneubau im Landtag in Stuttgart verabschiedet.
Im Bay. hat der Landtag am 22.03.2021 dem Staatsvertrag in der 2. Lesung auch seine Zustimmung erteilt)

Das Verwaltungsabkommen regelt in erster Linie die Aufgaben, die von den Beteiligten abgestimmt werden.

(Sachstand 29.03.2021:
>> am 11.02.2021 wurde die endgültige Vorschlagsfassung mit den Beteiligten abgestimmt, welche dann vor der Abgabe der rechtsverbindlichen Unterschriften u.a. über die Ratsgremien zur Zustimmung laufen muss)

Verwaltungsabkommen

Für die "alte Mainbrücke" beinhaltet das Verwaltungsabkommen die dann zum Tragen kommende Klassifizierung (z.B. Ortsverbindungsstraße). Diese gewünschte/vorgesehene Klassifizierung soll dann im sich ergebenden Planfeststellungsverfahren festgelegt werden.

Die Stadt Freudenberg und die Gemeinde Collenberg sind wegen des Baustützungs der L 2315 / St 2315 involviert sowie von der Selbstverpflichtung der Länder, die Mainbrücke erst in deren Bau- und Unterhaltungssatz zu übergeben, wenn die Schiffsverkehrsproblematik gelöst ist und / oder der Erhaltungszustand der Brücke den gesetzlichen Erfordernissen genügt. Dem Verwaltungsabkommen liegen die genehmigten Unterlagen des Vorventuriers zu Grunde.

Prüfung des Verwaltungsabkommens (RP Stuttgart, Reg. von Unterfranken)

Prüfung des Verwaltungsabkommens (gemeinsame juristische Prüfung)
-> die Ergebnisse und endgültige Vorschlagsfassung des Verwaltungsabkommens eingeflossen.

Termingleiche Abstimmung des Abkommens in den Ratsgremien
Termin 12.04.2021 !!!

Gemeinsame Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens durch die beteiligten Partner

Erstellung der Planfeststellungsunterlagen

Planfeststellungsverfahren mit Planfeststellungsbeschluss

Ausschreibung und Vergabe

Bauausführung

Eröffnung der neuen Brücke und Ortsumgehung

Weitere Sitzungen des AK "Alte Mainbrücke"

Herabstufung der "Alten Mainbrücke" gem. Festlegung im Verwaltungsabkommen

Beginn der Planung der Brückenerweiterung

Brückenerweiterung / Neubau

Inhalte im Verwaltungsabkommen zum Bereich "Alte Mainbrücke" (Stand Sitzungsvorlage 12.04.2021)

Artikel 9 Abstufungen

- (1) Im Zuge der Planfeststellung soll auch die Abstufung der bestehenden L 2315 vom Netzknoten 6221 002 bis zum Netzknoten 6221 003 (Landesgrenze) und der St 2315 von Abschnitt 100 Station 0 bis Station 1,000 verfügt und mit Verkehrsfreigabe der L 2315 / St 2315 Verlegung bei Collenberg (OT Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke wirksam werden.
- (2) Mit der Abstufung der L 2315 und der St 2315 zu Ortsstraßen wechselt auch die Baulast der Brücke L 2315 / St 2315 über den Main bei Freudenberg (Mainbrücke Freudenberg alt). Das bestehende Bauwerk (ASB-Nr. 6221 642) kreuzt die Bundeswasserstraße Main zwischen der Stadt Freudenberg und der Gemeinde Collenberg (OT Kirschfurt) bei Main-km 132,700. Von dem 212,07 m langen Bauwerk befinden sich 84,44 m in Baden-Württemberg und 127,63 m in Bayern. Es überführt die abzustufende L 2315 von Netzknoten 6221 002 von Station 0,084 bis Netzknoten 6221 003 auf Baden-Württemberg Seite über den Main. Der Netzknoten 6221 003 bildet die Landesgrenze. Die abzustufende St 2315 wird in Abschnitt 100 von Station 0 bis 0,128 überführt. Die Länder verpflichten sich, trotz der Abstufung der L 2315 und der St 2315 zu Ortsstraßen, die Bau- und Unterhaltungslast für das bestehende Brückenbauwerk bis zur Erfüllung ihrer Pflichten aus Art. 9 Abs. 4 Sätze 1 und 2 BayStVG bzw. § 9 Abs. 1 Satz 2 StVG weiterhin zu übernehmen. Erst dann kann die Bau- und Unterhaltungslast auf die Gemeinden übergehen. Alle anderen Baulastaufgaben, insbesondere die Verkehrsicherungspflicht, die Raum- und Streupflicht gehen mit der Abstufung auf die Gemeinden über.
- (3) Gemäß Art. 9 Abs. 4 Sätze 1 und 2 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStVG) hat „der bisherige Träger der Straßenbaulast dafür einzustehen, dass er ihr in dem durch die bisherige Straßenklasse gebotenen Umfang genügt. Ist eine abzustufende Straße nicht ordnungsgemäß ausgebaut, so hat er dafür nur insoweit einzustehen, als der Ausbaustand hinter den Anforderungen der künftigen Straßenklasse zurückbleibt.“ Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 des Straßenbaugesetzes für Baden-Württemberg (StrG) haben „die Träger der Straßenbaulast nach ihrer Leistungsfähigkeit die Straßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemeinen anerkannten Regeln des Straßenbaues entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern. Sollte sich hieraus auf der Grundlage von ingenieurtechnischen Untersuchungen, die die Reduzierung von Unterfranken bzw. das Regierungspräsidium Stuttgart im Einvernehmen mit der Stadt Freudenberg a. M. und der Gemeinde Collenberg einigeteilt hat, die Notwendigkeit einer Sanierung oder Erhaltung ergeben, sind das Land Baden-Württemberg und der Freistaat Bayern verpflichtet, diese durchzuführen oder mit einer Ausgleichszahlung abzugeben. Dies gilt auch für aus dieser Maßnahme ggf. zu tragende Ablosbeträge. Über Art und Umfang dieser Maßnahme ist eine ergänzende Verwaltungsvereinbarung zu schließen. Kosten, die über die gesetzlichen Verpflichtungen der bisherigen Baustraße hinausgehen (Beleuchtung des Bauwerks, besondere Ausstattungen, ...) sind von den Kommunen zu tragen.“